

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am  
**22.11.2010** Ratssaal Schloss

16.WP/WuF/041

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 18:32 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:32 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 18:32 Uhr

---

### **Anwesend:    Vorsitzender**

Rohde, Paul

### **Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut

Ethner, Regina

- ab TOP 3, 16.06 Uhr -

Lüddecke, Dieter

Rheinhardt, Michael

Schulz, Kurt-Ulrich

Walter, Klaus-Dieter

### **stellv. Mitglied/Mitglieder**

Rück, Stefanie

### **Beratende/s Mitglied/er**

Abend, Sven

Apel, Robert

### **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

- ab TOP 4, 16.14 Uhr -

### **Verwaltung**

Gawert, Ulrike

Hammermeister, Lars

Herbst, Rainer

Horn, Frank

Kauter, Theo

Lahmann, Jörg

Philipps, Lutz

Strecker, Dagobert

Trappmann, Hendrik

Voutta, Jens

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 25.10.2010 und 08.11.2010

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
  - a) Kosten für auferlegte Aufgaben
    - Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde vom 04.11.2010 -
5. Veranstaltungskonzept Innenstadt
  - Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 12. Oktober 2010 -
  - Vorlage: 2010 0826
6. Betriebsabrechnung 'Stadtbücherei 2009'
  - Vorlage: 2010 0845
7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf
  - Vorlage: 2010 0839
8. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
  - Vorlage: 2010 0828
9. Grundschule Otze - Alternativen für eine Erweiterung
  - Vorlage: 2010 0836
10. Einrichtung "Offener Ganztagschulen" an den Burgdorfer Grundschulen
  - Vorlage: 2010 0827
11. Zuschuss DLRG Bootsmotor
  - Vorlage: 2010 0834
12. Freiwillige Leistungen/Subventionen
  - Vorlage: 2010 0764
13. Entwurf Haushaltssatzung 2011
  - Vorlage: 2010 0808
14. Haushaltssicherungskonzept
15. Entwurf Investitionsprogramm 2011
  - Vorlage: 2010 0809
16. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Rohde** eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

**2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 25.10.2010 und 08.11.2010**

---

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 25.10.2010 wurde bei 1 Enthaltung genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 08.11.2010 wurde bei 1 Enthaltung genehmigt.

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Strecker** teilte ergänzend die in der Betriebsabrechnung Häuser der Jugend 2009 durch einen Übermittlungsfehler aufgeführten Besucherzahlen mit. Tatsächlich war im Jahr 2009 im JohnnyB. eine Besucherzahl von insgesamt 45.936 zu verzeichnen gewesen, wovon 8.972 auf Veranstaltungen und 36.964 auf den Offenen-Tür-Bereich entfielen.

Da die Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde - Gebühren für die Überlassung des Saales im HdJ - in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 08.11.2010 noch nicht abschließend beantwortet werden konnte, ergänzte **Herr Strecker** diese jetzt mit den ermittelten Beträgen (Anlage 1).

**4. Anfragen laut Geschäftsordnung  
a) Kosten für auferlegte Aufgaben**

**- Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde vom 04.11.2010 -**

---

**Herr Rohde** verlas die von ihm gestellte Anfrage (Anlage 2), die von **Herrn Kauter** beantwortet wurde (Anlage 3). Ergänzend teilte **Herr Kauter** mit, dass ihm ein Memorandum der Landeshauptstadt Hannover zu den Auswirkungen steuerpolitischer Entscheidungen auf den städtischen Haushalt vorliege, welches er bei Bedarf zur Verfügung stellen könne.

**Herr Rohde** erklärte, dass er sich mehr Informationen zu seiner Anfrage gewünscht hätte. Bei der Beantwortung sei Herr Kauter überwiegend auf zusätzliche Aufgaben der Zukunft bzw. jüngsten Vergangenheit eingegangen.

**Herr Strecker** ergänzte die Angaben von Herrn Kauter dahingehend, dass z.B. bei den Schulen durch das Regionsgesetz erhebliche Kosten auf die Stadt zugekommen seien. Früher wurden vom Schulträger die Kosten der Sekundarstufe I zu 50 % und der Sekundarstufe II zu 100 % erstattet, bei Investitionen gab es durch die Kreisschulbaukasse zinsfreie Darlehen.

Von **Herrn Philipps** wurde noch darauf hingewiesen, dass die Kosten für die Umstellung auf das neue Haushaltssystem wie neue Software, erhöhter Personalaufwand etc. allein von den Kommunen zu erbringen seien. Auch für die im nächsten Jahr durchzuführende Volkszählung bleiben bei den Kommunen in der Region Hannover Kosten in Höhe von insgesamt 306.000 € hängen.

5. **Veranstaltungskonzept Innenstadt**  
**- Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 12. Oktober 2010 -**  
**Vorlage: 2010 0826**

---

**Herr Herbst** erklärte, dass im Frühjahr 2011 ein Konzept für die Belebung der Innenstadt aufbereitet werden solle.

**Herr Lüddecke** betonte, dass der Antrag darauf abziele, die im ISEK-Prozess diskutierten Maßnahmen entsprechend umzusetzen. Im Hinblick auf den Wahlkampf im nächsten Jahr sollte auch die evtl. Verlegung und Neukonzeptionierung des Wochenmarktes bis zum Frühjahr abgeschlossen sein.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass in Bezug auf eine evtl. Verlegung des Wochenmarktes bereits Gespräche mit potentiellen Interessenten als Betreiber geführt wurden. Die Umsetzung eines neuen Konzeptes sei aber bis zum März 2011 nicht möglich.

In Bezug auf die Belebung der Innenstadt betonte **Herr Baxmann**, dass die Verwaltung hierfür kein Konzept leisten könne. Dieses sollte wie bisher durch Vereine, Verbände und Organisationen erfolgen. Es sollte hier auch keine neue – u.U. Konkurrenzsituation – geschaffen werden.

Nach weiterer Diskussion, in der sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen darüber einig war, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung sei, ein Konzept für Vergnügungen auszuarbeiten, formulierte **Herr Lüddecke** seinen Antrag wie folgt um:

*„Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden ein Konzept mit umfangreichen Veranstaltungen in der Stadtmitte rund um die Pankratiuskirche zu diskutieren. Das Konzept soll die bereits heute vorhandenen Veranstaltungen ergänzen und damit den Forderungen des vom Rat beschlossenen Stadtentwicklungskonzepts Rechnung tragen.“*

**Herr Rohde** schlug vor, das Programm im neuen Jahr im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vorzulegen. Damit wurde die Vorlage im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen als behandelt betrachtet.

6. **Betriebsabrechnung 'Stadtbücherei 2009'**  
**Vorlage: 2010 0845**

---

**Herr Philipps** erläuterte, dass zwar die Ausleihungen gegenüber dem Vorjahr gestiegen seien, der Kostendeckungsgrad aber weiterhin nur bei 7,4 % liege. Aus seiner Sicht müsse über eine Erhöhung der Gebühren für die Lesekarte nachgedacht werden.

**Frau Ethner** erklärte, dass die Controllinguntersuchung bereits zwei Jahre her sei und bisher keine Einsparung gebracht hätte. Es müsste eigentlich bereits wieder eine neue Untersuchung vorgenommen werden, da die Zahlen nicht mehr aktuell seien.

Hierzu führte **Herr Baxmann** aus, dass bei der Bücherei – die ja einen Bildungsauftrag habe – bereits eine Qualitätssteigerung eingetreten sei. Auch würden regelmäßig Berichte über die Ausleihungen vorgelegt werden.

Dieses wurde von **Herrn Kauter** dahingehend ergänzt, dass die getroffene Zielvereinbarung bis Ende 2010 laufe. Die Nutzerzahlen seien zwar angestiegen, aber nicht so weit wie gewünscht und bei der Zielvereinbarung festgelegt. Ein unterjähriges Berichtswesen würde es bereits geben. Er erhalte regelmäßig die Statistik der Bücherei über die entsprechenden Ausleihungen.

**Herr Walter** erklärte, er vermisse die Öffnungszeiten der Stadtbücherei in der Betriebsabrechnung. Bei Überlegungen zu Veränderungen sollten diese mit herangezogen werden können. Von **Herrn Strecker** wurde eine Ergänzung über das Protokoll zugesagt.

*(Öffnungszeiten der Stadtbücherei:*

*Montag und Freitag 10.00-13.00 Uhr und 14.00-17.00 Uhr*

*Dienstag und Donnerstag 14.00-19.00 Uhr*

*Mittwoch 10.00-13.00 Uhr)*

Nach kurzer weiterer Diskussion nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Betriebsabrechnung ‚Stadtbücherei 2009‘ zur Kenntnis.

**7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf  
Vorlage: 2010 0839**

---

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch **Herrn Philipps** fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

**‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:**

**Der Rat beschließt, die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Burgdorf (in der der Originalniederschrift als Anlage \_\_\_ beigefügten Fassung) zu erlassen.‘**

**8. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten  
Vorlage: 2010 0828**

---

**Herr Strecker** teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 15.11.2010 einstimmig eine Empfehlung im Sinne der Vorlage abgegeben habe.

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

**‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend aufgeführten Beschluss zu fassen:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt zu, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten maximal über die Hälfte der im Haushalt für das Jahr 2011 bereitgestellten Projektmittel für eine Fortführung der Projekte vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung verfügt werden kann.‘**

9. **Grundschule Otze - Alternativen für eine Erweiterung**  
**Vorlage: 2010 0836**

---

**Herr Strecker** teilte die Abstimmungsergebnisse der gemeinsamen Sitzung des Bau-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses wie folgt mit:

Abstimmung Bauausschuss:

Alternative 1 mit 3 Ja- und 6 Neinstimmen  
Alternative 2 a mit 5 Ja- und 4 Neinstimmen  
Alternative 3 b mit 1 Ja- und 8 Neinstimmen.

Abstimmung Schul-, Kultur- und Sportausschuss:

Alternative 1 mit 3 Ja- und 7 Neinstimmen  
Alternative 2 a mit 6 Ja-, 3 Neinstimmen und 1 Enthaltung  
Alternative 3 b mit 1 Ja- und 9 Neinstimmen.

Abstimmung Jugendhilfeausschuss:

Alternative 1 mit 4 Ja- und 6 Neinstimmen  
Alternative 2 a mit 4 Ja-, 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung  
Alternative 3 b mit 2 Ja- und 8 Neinstimmen.

Der Ortsrat Otze hatte sich einstimmig für Alternative 2 a ausgesprochen.

**Herr Trappmann** stellte kurz anhand der Pläne die Alternative 2 a vor. Er erläuterte hierbei, dass eine Containerlösung nur in Betracht kommen könne, wenn es sich um eine vorübergehende Lösung für ca. 2 bis 3 Jahre handle.

**Herr Strecker** betonte, dass aus Sicht der Verwaltung ausreichend Platz bei einer Lösung mit dem Raum für die Mensa im Kindergartenanbau vorhanden wäre.

Nach kurzer Diskussion über die einzelnen Varianten fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden **Beschluss**:

**„Alternative 1 mit 3 Ja-, 4 Neinstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt  
Alternative 2 a mit 3 Ja-, 3 Neinstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.“**

10. **Einrichtung "Offener Ganztagschulen" an den Burgdorfer Grundschulen**  
**Vorlage: 2010 0827**

---

**Herr Strecker** teilte mit, dass sich sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport einstimmig dafür ausgesprochen haben, an allen Grundschulen in der Stadt Burgdorf eine ‚Offene Ganztagschule‘ einzurichten.

Da es in den Stadtteilen Otze und Ehlershausen derzeit kein Hortangebot gebe, wäre hier die Einrichtung einer OGS für die 1. bis 4. Klassen denkbar. In allen anderen Grundschulen sei die Einrichtung für die 3. und 4. Klassen geplant. Allerdings hätte die Astrid-Lindgren-Grundschule bereits signalisiert, die OGS auch für die 1. und 2. Klassen einzurichten.

Eine konkrete Zusicherung vom Land über finanzielle Zuwendungen liegt noch nicht vor. Diese würden aber auch nur für die 3. und 4. Klassen gezahlt werden, so dass die Kosten für die 1. und 2. Klassen allein von der Stadt Burgdorf getragen werden müssten.

**Herr Baxmann** betonte, dass eine Beschlussfassung zur Einführung der Offenen Ganztagschulen mit dem Risiko behaftet sei, dass hier vom Land evtl. keine Zuwendungen fließen. Sollten sich die Schulen entschließen, bereits für alle Klassen eine OGS einzuführen, müsse auch dieses so akzeptiert werden.

**Herr Philipps** ergänzte, dass die Personalkosten für das zusätzliche Personal schon im Haushaltsplan-Entwurf 2011 enthalten seien.

Nach weiterer Diskussion fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1. Den Anträgen der Astrid-Lindgren-Grundschule, der Gudrun-Pausewang-Grundschule, der Grund- und Hauptschule I, der Grundschule Otze und der Waldschule Ramlingen-Ehlershausen auf Einrichtung „Offener Ganztagschulen“ zum 01.08.2011, wird seitens des Schulträgers auf der Grundlage der jeweils inhaltlich verfolgten Konzepte zugestimmt.**
- 2. Das Hortangebot der Stadt Burgdorf wird für die Klassenstufen, die nicht am Ganztagsbetrieb teilnehmen, unverändert beibehalten. Gleichzeitig steht den Schülerinnen und Schülern, die am Ganztagsbetrieb teilnehmen, ein bedarfsgerechtes Hortangebot vor Schulbeginn, nach Ende des Ganztagsbetriebes bis 17.00 Uhr, an schulfreien Tagen und in den Ferien zur Verfügung.**
- 3. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Einführung „Offener Ganztagschulen“ werden über den Haushalt 2011 zur Verfügung gestellt, sofern das Land Niedersachsen die Anträge der Schulen befürwortet. Die finanzielle Förderung durch das Land wird dabei vorausgesetzt.’**

**Herr Baxmann** ergänzte den Beschluss zu 3. dahingehend, dass dieser nicht inhaltlich an die Voraussetzung zur finanziellen Förderung durch das Land geknüpft sei.

**11. Zuschuss DLRG Bootsmotor  
Vorlage: 2010 0834**

---

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen **Beschluss**:

**„Der Ausschuss für Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt, der DLRG, Ortsgruppe Burgdorf e. V., für die Ersatzbeschaffung eines Bootsmotors einen Zuschuss in Höhe von 10 % der Kosten, jedoch maximal 689,- €, zu gewähren.'**

## **12. Freiwillige Leistungen/Subventionen**

**Vorlage: 2010 0764**

---

**Herr Kauter** erklärte, dass die Vorlage alle Fachausschüsse durchlaufen habe. Einsparvorschläge zu der vorgelegten Liste habe es jedoch nicht gegeben. Nachdem die Liste im Internet eingestellt worden sei, seien jetzt zwei Vorschläge von Bürgern eingegangen, die noch an die Ausschussmitglieder weitergegeben werden.

**Herr Schulz** sprach die größeren Positionen auf Seite 9 an. Außer dem Hallen-/Freibad gebe es noch drei weitere Bäder in Burgdorf, nämlich das Waldbad Ramlingen, das Bad in der Gudrun-Pausewang-Grundschule und das Bad der Lebenshilfe am Wasserwerksweg. Hier müssten Überlegungen angestellt werden, ob die Stadt noch die jährlichen Unterhaltungskosten von 30.000 € für das Waldbad Ramlingen sowie die Unterhaltungskosten für das Bad in der Gudrun-Pausewang-Grundschule zahlen wolle. Hier könnten in den Folgejahren schon erhebliche Kosten eingespart werden.

**Herr Rohde** betonte, dass auch kleinere Positionen des Haushalts berücksichtigt werden müssten. Dieses würden sich im Laufe der Jahre auch summieren.

Nach kurzer weiterer Diskussion wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

## **13. Entwurf Haushaltssatzung 2011**

**Vorlage: 2010 0808**

---

**Herr Philipps** wies darauf hin, dass auf Seite 27 des Vorberichtes ein Fehler enthalten sei. Bei der Maßnahme ‚Östlich Beerbuschweg – Kanalbau‘ müsse statt 190.000 € ein Betrag von 538.000 € stehen. Die Maßnahme ‚1. Bauabschnitt Gewerbegebiet Burgdorf NW Straßenbau‘ müsse gestrichen werden.

Der Niedersächsische Städtetag hat mit Schreiben vom 9.11.2010 – so **Herr Philipps** – das ihm übermittelte regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung für Niedersachsen vorgelegt. Danach ergeben sich für die Stadt Burgdorf im Haushaltsjahr 2011 beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer Mehrerträge im Ergebnishaushalt von 346.000 €. Da für das Jahr 2010 mit einer Rückzahlung in Höhe von rd. 75.000 € zu rechnen ist, ergeben sich im Finanzhaushalt 2011 somit Mehreinzahlungen von 271.000 € gegenüber dem im Haushaltsplanentwurf berücksichtigten Ansatz. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhöht sich der Ansatz für das Jahr 2011 nur geringfügig um 5.000 €.

Vom Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen wurden mit Schreiben vom 16.11.2010 die Berechnungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich 2011 bekannt gegeben. Unter Berücksichtigung des vorläufig festgesetzten Grundbetrages von 692,58 € ergeben sich gegenüber dem Ansatz im Entwurf um 39.000 € geringere Erträge. Allerdings können durch diese verminderte Ertragserwartung auch die Auf-

wendungen / Auszahlungen für die Regionsumlage um 23.000 € vermindert werden.

Für den Bereich der Jugendhilfe kann nach erfolgter Anpassung des pauschalierten Jugendhilfekostenausgleichs für das Jahr 2011 mit zusätzlichen Erträgen / Einzahlungen in Höhe von rd. 400.000 € gerechnet werden. Für 2012 sei eine Änderung des Regiongesetzes geplant, das auf einen ‚Lastenausgleich‘ zwischen Kommunen mit und Kommunen ohne eigenes Jugendamt abziele.

**Herr Strecker** erklärte, dass die Region die Jugendamtskosten für 2009 und 2010 neu regeln wolle. Von daher seien noch entsprechende Nachzahlungen zu erwarten.

Zu dem Ansatz ‚Bau eines Kreisverkehrsplatzes am Schwarzen Herzog‘ erklärte **Herr Herbst**, dass es sich hier um eine Landesstraße handele, aber das Land sich nicht an den Kosten für den Umbau der Kreuzung beteiligen werde. Die Betriebskosten der jetzigen Ampelanlage müssten aber vom Land aufgebracht werden. Der Ansatz für den Umbau könnte entfallen. Lediglich am Kleinen Brückendamm in Höhe des Schützenplatzes sollte aber dann eine Querungshilfe geschaffen werden.

Zur Frage von **Herrn Rohde**, ob im Haushalt ein Ansatz für die Restaurierung des Völkerschlachtdenkmals enthalten sei, erklärte **Herr Baxmann**, dass die Verwaltung bemüht sei, dieses mit Bordmitteln zu bewältigen.

**Herr Herbst** teilte mit, dass noch ein Antrag von Anliegern vorliege, ein Teilstück des Gehweges an der Westseite der Lehrter Straße zu sanieren. Hierfür würden Kosten von 10.000 € entstehen, die aber nicht durch Anliegerbeiträge aufgebracht werden müssten. Dieses müsse im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch aufgegriffen werden.

Von **Herrn Reinhardt** wurde vorgeschlagen, die Maßnahme ‚Kreisverkehrsplatz Schwarzer Herzog‘ zu verschieben, ebenso die Anlegung der Grünanlage am Gümmekekanal. Hierzu merkte **Herr Herbst** an, dass Ende 2013 die Fördermittel für diese Maßnahmen auslaufen und dann bei entsprechend späterer Herstellung keine Zuschüsse mehr eingefordert werden können.

**Herr Philipps** sagte zu, bis zum Wochenende eine Liste mit den Veränderungen an die Ratsmitglieder zu geben.

#### 14. Haushaltssicherungskonzept

---

**Herr Philipps** erklärte, dass eine Vorschlagsliste der Verwaltung zum Haushaltssicherungskonzept ebenfalls vorgelegt werde. Diese werde in den nächsten Tagen verschickt.

#### 15. Entwurf Investitionsprogramm 2011 Vorlage: 2010 0809

---

**Herr Philipps** erklärte, dass das Investitionsprogramm nach Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes entsprechend angepasst werden würde.

Ohne Aussprache wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

## 16. **Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Rohde** verwies auf einen Artikel im Anzeiger zur Entschärfung der Rampen im Kreisel an der Hochbrücke und erkundigte sich nach der Kostenübernahme hierfür.

**Herr Herbst** erklärte, dass 60 % der Kosten unstrittig seien und von der Baufirma gezahlt werden, über die restlichen 40 % bestehe noch Klärungsbedarf wegen der Kostenübernahme.

### **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin bedankte sich im Namen der Elternschaft der Grundschulen dafür, dass sich die Politik für die Einführung der Offenen Ganztagschule an allen Grundschulen ab dem Jahr 2011 so stark einsetze.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin